

Hintergrund & Meinungen

Mythos Putin

Putin, heisst es, sei zwar ein schlechter Demokrat, aber ein wirtschaftlicher Segen für Russland. Stimmt nicht, wie ein Blick in die Zahlen zeigt.

Seite 26/27

Tod aus Armeewaffe



Erschossen mit einem Sturmgewehr – von einem Mann, der ausrastete wegen einer Nichtigkeit: Die Geschichte der Christine E.

Seite 31

Anständige Fahnen

Was Sie immer schon wissen wollten, auf nur 80 Seiten: Das neue, eidgenössische «Reglement über den Umgang mit Fahnen, Standarten und Fanions».

Seite 29

Wochenrückblick

Seite 32

In Steuersachen könnte Europa viel von der Schweiz lernen

Deutschland kriminalisiert seine Steuerpflichtigen, deshalb fliehen sie. Die Schweiz lässt sie über den Steuerfuss abstimmen, deshalb bleiben sie, schreibt Beat Kappeler

Wenn deutsche Zeitungen Honorare abrechnen, steht darunter: «Wir bitten um Kenntnisnahme, dass wir die Zahlungen der Steuerverwaltung mitteilen.»

In Deutschland denunzieren Private die Privaten, es denunziert der Geheimdienst mit gestohlenen Steuerdaten, es denunzieren die Banken, bei denen jährlich 200 Millionen Daten der Kunden vom Steueramt automatisch abgefragt werden. Sein Geld bar auf sich zu tragen, nützt nichts, jeder Ausreisende muss sich selbst «bei den zuständigen Behörden» denunzieren, wenn er über 10 000 Euro ins Ausland trägt. Und es tauchen im Morgenrauen Polizisten auf, nehmen vermutliche Steuerhinterzieher fest, führen sie samt ihrer Buchhaltung ab.

Solche Vorgänge verstören in der Schweiz und in Liechtenstein. Steuerhinterziehung löst hier ein Verwaltungsverfahren mit Nachsteuern und Busse aus; es wird deswegen nicht das Strafrecht auf den Bürger gehetzt. Deshalb erteilen die Banken keine Auskünfte an die Steuerbehörden des In- und Auslands. Wer aber Steuerbetrug begeht, also etwa Unterlagen fälscht, der wird auch hier straffällig.

Doch die Unterschiede reichen weit über das Recht hinaus. Der deutsche, der französische oder der italienische Staat hält seine Bürger im eisernen

Griff. Churchill sagte, wenn frühmorgens die Hausglocke läute, sei es in Demokratien der Milchmann. Heute ist es die Polizei. Aus Demokratien sind «Gehäuse neuer Hörigkeit» geworden, wie der deutsche Soziologe Max Weber vor hundert Jahren ahnte.

Die Schweizer jedoch stimmen über die Steuersätze ab, sie wählen die Finanzdirektoren der Gemeinden und Kantone, sie können mit dem zuständigen Steuerbeamten telefonieren. Man bekommt Auskunft über günstige Varianten – für den Bürger. Deshalb ist die Schattenwirtschaft hier nur halb so gross, deshalb hinterziehen die Schweizer nicht öfter als anderswo. Der Staat gehört ihnen, sie gehören nicht dem Staat.

Diese Botschaft sollten unsere Politiker, Medien und Wissenschaftler ins übrige Europa hinaustragen. Sie sollen nicht um Nachsicht für unsere speziellen Einrichtungen bitten. Normal ist die Freiheit, nicht die Hörigkeit.

Die Schweiz hat vor der liberalen Revolution 1830 in ganz Europa Schrecken verbreitet, ihre liberalen Zeitungen wurden verboten. Genau so müssen Schweizer heute gegen Europas Politiker agitieren. Sie sollen Volksabstimmungen über Steuern fordern, Steuerwettbewerb zwischen Gliedstaaten verlangen. Die Schweiz kann gleich gute Schulen, Strassen, Spitäler, Kehrriechanlagen vorweisen, aber zu deutlich tieferen Steuersätzen. Warum

braucht Frankreich 5 Millionen Staatsangestellte, warum versinkt Neapel im Kehricht? Warum müssen die Deutschen hohe Steuern bezahlen und darauf den «Solidaritätszuschlag» von 5,5% für die Wiedervereinigung vor 18 Jahren und seit einem Jahr 19 statt 16% Mehrwertsteuer? Man soll die Bürger Europas aufhetzen gegen Politiker, die das halbe Volkseinkommen abschöpfen und nichts Anständiges bieten. Diese Ausbeutung verursacht Steuerhinterziehung, nicht das rationellere Steuer- und Ausgabengebahren der Schweiz oder Liechtensteins. Solch offensive Liberalität soll die Schweizer Regierung durch Vortragsreisen, Plakate und Internetseiten unter die europäischen Völker streuen. Wenn Europas Politiker sich über die Einmischung beklagen, dann stellt die Schweiz diese erst ein, wenn die Brüsseler Einmischung in unsere Steuersachen aufgehört hat.

Schweizer wie Europäer wissen nicht, wie effizient die Steuerbehörden hierzulande auch ohne Haus-

Man soll die Bürger Europas aufhetzen gegen Politiker, die halbe Volkseinkommen abschöpfen und so wenig bieten.

durchsuchungen und Verhaftungen arbeiten. Sie können Bankauszüge und Dokumente verlangen. Weigert sich der Steuerpflichtige, dann stuft ihn die Behörde so hoch ein, dass er die Belege liefert. Die schweizerische Verrechnungssteuer auf hinterzogenen Kapitalerträgen ist wohl die höchste des Kontinents. Das Steueramt kennt die Zahlen der Geschäftspartner und kann sehen, welche Zahlungen flossen. Daten der AHV dürfen an die Steuerbehörden weitergeleitet werden. Der strafbare Steuerbetrug wird recht weit ausgelegt, umfasst oft schon getürkte Buchhaltungen. Im kleinräumigen Veranlagungsrastrer in Gemeinden und Kantonen kennt man die Steuerpflichtigen und ihren Lebensstil oft aus erster Hand, vielerorts sind die Steuerregister öffentlich.

Der Unterschied zur EU liegt nicht im Schweizer Steuergeheimnis. Er liegt in der Unschulds- und Freiheitsvermutung zugunsten der Bürger.

Weniger Bewilligungspflichten, kürzere Formulare, mehr lokale Kompetenzen, Wettbewerb der Kantone und Gemeinden um Bürger und Firmen, ein freier Arbeitsmarkt: Mit diesen Freiheitsgraden stehen wir der angelsächsischen und asiatischen Welt näher als den vier, fünf EU-Staaten, die sich administrativ, steuerlich und arbeitsmarktlich verhalten haben.

Die Schweiz ist normal, sie ist nicht im Alleingang; sie ist im Weltgang.

Familien an die Macht

Klaus Kirchmayr, grüner Politiker im Kanton Baselland, fordert das Stimm- und Wahlrecht ab Geburt. Damit will er die Familien stärken. Von Andreas Schmid

Seit Klaus Kirchmayr im Kantonsparlament von Baselland eine Motion für das Stimm- und Wahlrecht ab Geburt eingereicht hat, muss er die ungläubige Frage beantworten, ob denn wirklich schon «Buschis» abstimmen sollen.

Darum geht es dem grünen Landrat jedoch keineswegs: Die Eltern würden in Absprache das Stimm- und Wahlrecht ihrer unmündigen Kinder treuhänderisch wahrnehmen; der fünfköpfigen Familie Kirchmayr etwa – Eltern und drei Söhne im Alter zwischen 11 und 14 Jahren – stünden pro Vorlage fünf Stimmen zu.

Eine Senkung des Stimmrechtsalters 18 strebe er mit seinem Vorstoss nicht an, sagt Vater Kirchmayr. Es handle sich faktisch um zusätzliche Stimmen für die Eltern. Der 45-Jährige möchte damit den politischen Einfluss der Familien erhöhen, der angesichts des kontinuierlich zunehmenden Anteils an Senioren in der Bevölkerung marginal zu werden drohe. «Die über Achtzigjährigen bestimmen heute über die Zukunft der Jugend», sagt Kirchmayr. Er bezeichnet seine Idee als Vision, um die demografische Entwicklung zu korrigieren. Die Volksrechte seien dazu geeignet, die junge Generation zu stärken.

Kirchmayrs Vorstoss bricht geläufige Denkmuster auf. Er propagiert sein Anliegen mit Verve. Dem Klischee eines familienpolitischen Traamtänzers entspricht der Geschäftsführer einer international tätigen Beratungsfirma für Fusionen von Finanzinstituten überhaupt nicht. In

Anzug und Krawatte erläutert der ETH-Elektroingenieur und Ökonom sein innovatives Modell von Basisdemokratie. Der einstige Finanzchef Schweiz des Bankvereins und spätere UBS-Kadermann begründet sein Engagement für mehr gesellschaftspolitisches Gewicht der Familien rational: Wenn in 20 Jahren nur noch zwei statt

wie heute fünf Werkstätige auf einen Pensionierten kämen, funktioniere das bewährte AHV- und Pensionskassensystem nicht mehr. Zudem basierten viele unternehmerische Businessmodelle auf wachsenden Kundenzahlen. Eine Illusion, wenn die Geburtenrate nicht steigt und der Nachwuchs ausbleibt. «Es braucht zusätzliche Anreize, um die Familien zu fördern», sagt Kirchmayr; heute sei es, etwa von den steuerlichen Erleichterungen her, nicht attraktiv genug, Kinder grosszuziehen.

Der Grünen Partei trat Kirchmayr vor zwei Jahren bei. Inhaltlich wäre für ihn teilweise auch das Programm von CVP oder FDP denkbar gewesen, seine Frau politisiert in der SP. Die grosse Offenheit der Grünen habe ihm am meisten zugesagt, sagt der Quereinsteiger – er wurde letzten Frühling auf Anhieb in den Landrat gewählt – über seine Wahl. In der Politik vermisst Kirchmayr im Gegensatz zur Wirtschaft Denken und Handeln, die auf Nachhaltigkeit und grosse Zusammenhänge angelegt sind. «Da besteht Nachholbedarf, denn oft stehen Partikularinteressen und regionale Befindlichkeiten im Vordergrund.» Die Politik verliere sich gerne in unbedeutenden Details und

partei politischen Ränkespielen, kritisiert der Landrat aus Aesch. Von da her wagt er auch keine Prognose, wie das Parlament seiner Motion begegnen wird. Dabei müssten etwa die als Familienpartei auftretende CVP oder die Wirtschaftspartei FDP sein Anliegen unterstützen, findet Kirchmayr.

Dass das geforderte Privileg für Familien gleichzeitig einer Diskriminierung der wachsenden Gruppe von Singles und kinderlosen Paaren gleichkäme, bestreitet der grüne Politiker. «Das Gewicht hat sich in den letzten Jahren zuungunsten der Familien verschoben.» Dies gelte es wieder auszugleichen. In der Praxis stellt sich Kirchmayr das Abstimmungsverfahren als gemeinsame Entscheidungsfindung der Eltern – wenn die Kinder mit der Vorlage noch überfordert sind – oder der Familie vor – wenn der Nachwuchs inhaltlich mitreden kann. Er vergleicht die Situation etwa mit jener bei der Wohnungssuche, bei der die Kinder zwar konsultiert würden, die Erwachsenen aber den Kaufvertrag unterschrieben.

Den ersten innerfamiliären Diskussionen zu seiner Motion hat sich Kirchmayr schon stellen müssen. Seine Söhne wollten wissen, wie sie zu ihren Stimmen kämen, wenn sie die Meinung der Eltern nicht teilen und an der Urne anders entscheiden würden. Er habe sich dieser Frage gerne gestellt, sagt Kirchmayr: «Solche Debatten führen die Jugendlichen an die politischen Prozesse heran.» Für Gesprächsstoff auf den gemeinsamen Fahrradtouren und Wanderungen der Familie ist weiterhin gesorgt.



SANDRA NIEMANN